

Keine schnelle Leitzinserhöhung durch die EZB?

19. Mai 2011

Im Rahmen ihrer ersten Leitzinserhöhung Anfang April hatte die Europäische Zentralbank (EZB) ihrem Postulat Ausdruck verliehen, die Inflation unterhalb des Ziels von 2% halten zu wollen. Analysten rechneten auf Grund der Rhetorik des EZB-Präsidenten, Trichet, bereits im Juni mit einer weiteren Erhöhung. Auf Grund der Aussagen, die auf der monatlichen Sitzung der EZB Anfang Mai getätigt wurden, muss jedoch davon ausgegangen werden, dass ein erneuter Zinsschritt erst im Juli evtl. sogar noch später im Jahr erfolgen wird.

Als Konsequenz fiel der Wert des Euros in den darauf folgenden Tagen deutlich, da Investoren Kapital abzogen, die in naher Zukunft eher mit einer höheren Verzinsung Ihrer Anlage gerechnet hatten. Die Zinsen für Baugeld unterschiedlicher Zinsbindung verbilligten sich in den letzten zwei Wochen deutlich um bis zu 0,20 Prozentpunkte.

Das zögerliche Handeln der EZB wirft Fragen auf, zumal die EZB noch im April beteuerte, Zweitrundeneffekte (z.B. Lohnerhöhungen in Folge gestiegener Lebenshaltungskosten) um jeden Preis verhindern zu wollen. Mit jedem Monat, den die EZB nicht reagiert, wird jedoch genau dieses Risiko größer. So kletterte z.B. die Inflation im wirtschaftlich starken Deutschland im April um 2,7% (Euroraum: 2,8%), welches dem höchsten Wert seit 2008 – also dem Beginn der Finanzkrise – entspricht.

Haben die Mitglieder der EZB die Befürchtung, das europäische Wirtschaftswachstum durch zu schnelle Leitzinserhöhungen auszubremsen? Oder wird gar auf die wirtschaftlichen Belange einzelner, wirtschaftlich angeschlagener Mitgliedsstaaten – wie Griechenland, Portugal oder Irland – Rücksicht genommen, deren Wirtschaft besonders anfällig für die Verteuerung von Krediten ist?

Apropos Griechenland: Die finanzielle Situation entwickelt sich mittlerweile zur größten Bewährungsprobe für unsere gemeinsame Währung. Auf Grund eines schwachen Wirtschaftswachstums (+0,8% im ersten Quartal 2011), hoher Arbeitslosigkeit sowie eines Reform-, Spar- und Privatisierungswillens der griechischen Regierung, welcher von Vertretern sowohl der EU als auch des Internationalen Währungsfonds (IWF) als noch zu gering angestuft wird, steigt die Verschuldung nach wie vor an. Analysten gehen zumindest bis 2013 von einer weiteren Zunahme aus, bis die jetzigen Maßnahmen Wirkung zeigen werden. Der Abschluss eines weiteren Rettungspaketes mit einem Volumen von bis zu 60 Mrd. Euro wird immer wahrscheinlicher, um Griechenland bis 2013 Luft zu verschaffen.